



Protokoll der Jahreskonferenz 2020 der SP MigrantInnen Schweiz

19. September 2020, 10.15 – 14.35 Uhr, Bern

Vorsitz: Mustafa Atici, Françoise Bassand, Osman Osmani, Grazia Tredanari

Protokoll: Sonja Rüegg

Folien-Regie: Simon Gründler

Anwesend: 43 Mitglieder

Entschuldigt: 14 Mitglieder

Siehe auch die Präsentation im Anhang zu diesem Protokoll.

0. Begrüssung

Sonja Rüegg gibt einleitend technische Hinweise zur Simultanübersetzung und den Schutzmassnahmen, die wir aufgrund des Corona-Virus getroffen haben.

Anschliessend begrüsst Rebekka Wyler, die Co-Generalsekretärin der SP Schweiz alle sehr herzlich zur Jahreskonferenz. Es ist zentral, dass wir uns organisieren, diskutieren und unsere Stimme darüber erheben, wie wir unsere Angelegenheiten gestalten wollen. Es ist zutiefst unfair, dass nicht alle, die vom staatlichen Handeln betroffen sind, abstimmen und ihre Vertreter und Vertreterinnen wählen können. Umso mehr freut sich die SP darüber, dass mit den SP MigrantInnen eine starke Stimme entstanden ist, die sich für Mitbestimmung und Demokratie für alle einsetzt. Auch der Kampf der SP MigrantInnen gegen die Rückstufung von Aufenthaltstiteln aufgrund Sozialhilfebezug ist von grosser Bedeutung. Rebekka dankt allen für ihren grossen Einsatz!

Der Parteitag vom 17. Oktober soll wenn immer möglich physisch stattfinden, denn er bedeutet auch ein Startschuss in eine neue Zeit. Christian Levrat hat einen schönen und würdigen Abschied verdient. Unter seiner Amtszeit wurden u.a. ja auch die SP MigrantInnen gegründet. Sie begrüsst darum auch die anschliessende Befragung der beiden KandidatInnen für das Co-Präsidium der SP.

1. Eröffnung der Tagung

Françoise bedankt sich bei Rebekka und ihre Anerkennung unserer Arbeit.

Françoise freut sich, dass trotz Corona so viele Leute anwesend sind. Demokratie lebt von der persönlichen Begegnung und dem direkten Gespräch. Per Video ist das alles viel schwieriger.

Einige Mitglieder haben sich entschuldigen lassen. Einige arbeiten im Pflegebereich, wo sie seit Monaten viel leisten müssen, u.a. auch der Vize-Präsident der SP MigrantInnen, Mike Kabongi. Andere sind heute im Basler Wahlkampf engagiert.

Stimmberechtigt sind die Mitglieder der SP MigrantInnen. Alle Mitglieder haben eine Stimmkarte erhalten.

1.1 Wahl der StimmzählerInnen

Emmanuel Deonna und Nadia Huberson werden einstimmig gewählt.

1.2 Genehmigung der Geschäftsordnung

Einstimmig genehmigt.

1.3 Genehmigung des Protokolls der Jahresversammlung 2019

Einstimmig genehmigt.

1.4 Genehmigung der Traktandenliste

Einstimmig genehmigt.

2. Rede von Nationalrat Mustafa Atici, Präsident SP MigrantInnen Schweiz

Mustafa freut sich darüber, dass wir uns heute physisch treffen können, indem wir die Schutzmassnahmen einhalten. Er dankt Peter Hug, Sonja Rüegg und Simon Gründler für die organisatorische und logistische Arbeit und Mathilde Mottet für die Simultan-Übersetzung ins Französische.

Wir haben heute gewichtige Geschäfte: die Befragung von Mattea und Cédric, die Frage der Rückstufungen und jene nach den Corona-Auswirkungen, die vor allem die sozial Schwächeren besonders stark betreffen. Die SP MigrantInnen haben rasch gehandelt mit einem Aktionsplan, der heute diskutiert wird.

Wir sind gut unterwegs und haben viel Energie. Immer mehr Menschen interessieren sich für die Partizipation in der Politik. Mustafa war in dieser Woche an drei Abenden in der Schweiz unterwegs, hat engagierte Leute kennen gelernt u.a. viele MigrantInnen, welche die SP MigrantInnen als Ansprechpartnerin für ihre Anliegen sehen. Viele setzen sich uneigennützig für uns ein.

Mustafa dankt Peter Hug, der sich von Anfang an für die SP MigrantInnen eingesetzt hat. Er ist seit kurzem pensioniert und wird damit in Zukunft eine neue Rolle haben. Mustafa wünscht sich, dass Peter weiterhin als Ansprechperson den SP MigrantInnen zur Verfügung steht. Für seinen Schritt in einen neuen Lebensabschnitt überreicht Mustafa Peter unter grossem Applaus ein Geschenk.

3. Wahl des SP-Präsidiiums am Parteitag vom 17. Oktober 2020:

Unserer Fragen an die KandidatInnen Mattea Meyer und Cédric Wermuth

Mustafa begrüsst Mattea Meyer und Cédric Wermuth, die sich in einem Co-Präsidium um die Nachfolge von Christian Levrat bewerben. Christian tritt auf den Parteitag vom 17. Oktober als Präsident der SP Schweiz zurück. Weiterer Kandidat für die Nachfolge ist Martin Schwab. Wir haben alle Mitglieder eingeladen, im Vorfeld unserer Jahreskonferenz Fragen an die beiden Co-PräsidentschaftskandidatInnen einzureichen. Wir haben diese Mattea und Cédric weitergegeben.

Mattea Meyer stellt sich vor: sie kommt aus Winterthur und trat mit 17 Jahren den JUSO bei, weil sie wütend war: wütend, dass über 12'000 Leute in Moria verelenden, dass Menschen in Genf und Zürich für ein Essenspaket stundenlang Schlange anstehen müssen, weil sie keinen Zugang zur Sozialhilfe haben. Und dass ein Viertel der Bevölkerung nicht darüber abstimmen kann, ob in ihrem Dorf ein Schulhaus gebaut werden darf, nur weil sie den falschen Pass haben. Aber nicht nur Wut allein, sondern auch die Hoffnung, dass wir es sind, die die Veränderung bringen. Wir erleben im Moment eine weltweite Bewegung, die sich für mehr Demokratie einsetzt. Mattea engagiert sich bei den Sans-Papiers, weil es wichtig ist, dass es Anlaufstellen für jene gibt, die der Staat ignoriert. Immer wieder behaupten die Medien, die SP solle besser zu den Flüchtlingen und den Sans-Papiers schweigen, weil damit kein Blumentopf zu gewinnen sei. Das ist völlig falsch! Wir schweigen nicht. Denn wir machen eine sozialdemokratische Politik für alle, nicht für wenige. Gemeinsam bringen wir die SP weiter.

Cedric Wermuth geht auf die vorgelegten Fragen ein. Überall, wo er nun in der Partei hinkommt, geht es um mehr Ressourcen für die Parteiarbeit – nun auch in den Fragen sowie den Jahreszielen der SP MigrantInnen. Er nimmt das als Kompliment: für die SP ist es positiv, dass so viele Erwartungen an sie vorhanden sind. Cédric stellt sich auch kurz vor. Er stammt aus einer Familie, die von Migrationserfahrungen geprägt ist. Seine Mutter stammt aus der Romandie. Sie kam von Lausanne in den Aargau – da herrschte eine ganz andere Kultur. Sie wusste, dass sie sich da engagieren musste. Sein Vater kommt aus Italien und war in der Schweiz während Jahren immer nur der Tschingg. Er musste sich seinen Platz erkämpfen. Mit 62 hat er im Zuge der Finanzkrise seine Stelle verloren. Da nützt die grosse Erfahrung nichts. Nach 40 Jahren Arbeit sah er sich einer Gesellschaft gegenüber, die ihm sagte, man brauche ihn nicht mehr. Der Vater von Cédric hätte in dieser Situation auch in Ressentiments kippen können gegenüber Leuten, die ihm angeblich den Arbeitsplatz wegnähmen. Er reagierte aber anders und trat der SP bei. Er machte nicht jene verantwortlich, die noch weniger zu sagen haben, sondern

entschied sich für eine Politik, um alle zu stärken. Die SP MigrantInnen bilden hier eine wichtige Plattform, wo die Betroffenen über ihre eigenen Probleme reden können.

Mustafa bedankt sich bei beiden. Das Thema Migration ist bei ihnen gut aufgehoben. So half Cédric mit, die Fachkommission Migration und Integration der SP Schweiz, die eingeschlafen war, als deren Ko-Präsident wieder zu reaktivieren.

Franco Castrovillari: Hat die SP Antworten darauf, wie es nach der Abstimmung über die «Begrenzungsinitiative» der SVP in der Europapolitik weitergeht?

Arber Bullakaj: Die SP MigrantInnen Schweiz sind sehr gut aufgebaut, aber in einigen Kantonalparteien und Sektionen ist die Sensibilisierung noch schwach, wie der Migrationsbevölkerung innerhalb und ausserhalb der Partei eine starke politische Stimme gegeben werden kann. Was planen Cédric und Mattea, um ihre Vision auf die Ebene der lokalen und kantonalen Sektionen herunterzubrechen?

Mattea (zu Franco): Europa hat verschiedene Gesichter: Manchmal ist es ein Bollwerk gegen Flüchtlinge, gleichzeitig verdanken wir Europa das grossartige Freiheitsrecht der Personenfreizügigkeit. Mattea ist sicher, dass wir die Abstimmung gewinnen werden. Danach muss der Bundesrat endlich Lösungen für die Europafrage präsentieren. Dazu gehört die SP Forderung, dass die Schweiz finanziell zum Corona-Wiederaufbau-Fonds der EU beiträgt.

Cédric ergänzt (zu Franco): Die Umfragen sind zwar gut, aber entscheidend bleibt, dass tatsächlich alle abstimmen gehen. Wir müssen deshalb fortfahren für das Nein zu mobilisieren. In der Debatte um den Rahmenvertrag der Schweiz mit der EU ist wichtig, dass es nicht allein um Marktzugang für unsere Wirtschaft geht, sondern auch um unsere Freiheitsrechte und unsere sozialen Rechte. Es ist inakzeptabel, dass der Bundesrat die Forderung des Parlaments einfach ignoriert, frühzeitig Verhandlungen über eine Vollasoziation der Schweiz an das Erasmus-Programm für den europaweiten Austausch von Studierenden, Lehrlingen und jungen Berufsleuten zu eröffnen. Gerade in der jetzigen Phase der Unsicherheit darf die europäische Perspektive der Jungen nicht eingeschränkt werden.

Mattea (zu Arber): Alle von uns hatten ganz persönlich in einem bestimmten Moment entschieden, der SP beizutreten, um politisch etwas zu bewegen. Hier spielen die SP MigrantInnen eine entscheidende Rolle. Viele werden Mitglied der SP MigrantInnen und erst in zweiter Linie Mitglied der SP Schweiz. In Winterthur bauten wir eine Sektion der SP MigrantInnen auf. Ergebnis: Mindestens 3 Personen von ihnen sind zusätzlich ins Stadtparlament gewählt worden, weil diese Sektion sehr aktiv war und ein entscheidendes Bindeglied zu den verschiedenen Communitys bildete. Dieses Modell sollte weiterverfolgt werden. Die SP Schweiz ist aber für die Sektionsebene keine geeignete Ansprechpartnerin. Unsere Ansprechpartner sind die Kantonalparteien. Dort will sich Mattea zusammen mit Cédric einsetzen.

Cédric ergänzt (zu Arber): Ehrlicherweise kann er nicht versprechen, dass sie alles als Ko-Präsidium alles lösen können. Das können wir letztlich nur gemeinsam tun. Die Wahl von Mustafa Atici in den Nationalrat hat ein wichtiges Zeichen gesetzt. Dieses Beispiel aus Basel zeigt den anderen Kantonalparteien beispielhaft auf, wie und dass wir etwas erreichen können.

Mirjam Werlen weist auf unsere Forderung nach der erleichterten Einbürgerung und der Anerkennung von Diplomen aus anderen Staaten hin. Was schlägt Ihr vor, damit wir da weiterkommen?

Emmanuel Deonna hat eine Frage zur internationalen Solidarität. Wie kann die SP wieder stärker als internationalistische Kraft wahrgenommen werden?

Cédric (zu Mirjam): Zunächst geht es darum, die Repräsentation der Migrationsbevölkerung in der Politik zu erhöhen, ein für andere sichtbares Beispiel zu werden, aufzuzeigen, dass es MigrantInnen bei uns schaffen, so wie das Mustafa vorgemacht hat. Damit bringen wir die Rechte der Migrationsbevölkerung in der Schweiz insgesamt weiter, so, wie das auch die Frauen geschafft haben. Ich sehe

sehr viele Parallelen zwischen der Gleichstellungsbewegung, die die SP Frauen voranbringen, und der Gleichstellungsbewegung, die von den SP MigrantInnen repräsentiert wird.

Cédric (zu Emmanuel): Die internationale Solidarität ist für die SP ein grosses Thema. Wir setzen uns für einen weltverträglichen Finanzplatz und für die soziale Verantwortung der multinationalen Konzerne ein und engagieren uns zusammen mit der SP Europa für ein soziales Europa. Die Menschenrechte sind für uns immer wegweisend.

Mattea (ergänzt zur Frage von Emmanuel): Zur internationalen Solidarität gehört für mich, dass wir keine Flüchtlinge an der Grenze zurückweisen. Zentral ist zudem unsere Forderung nach Einführung des *ius solis*, d.h.: Wer hier geboren ist, erhält automatisch das Bürgerrecht und darf wählen und abstimmen. Wir stehen dafür ein, das Stimmrecht für alle schrittweise zunächst auf kommunaler und dann auf kantonaler Ebene zu erkämpfen. Wir werden mit dieser Forderung immer wieder scheitern, aber wir dürfen uns nicht entmutigen lassen. Hartnäckigkeit führt zum Ziel, das hat uns die Frauenstimmrechtsbewegung vorgemacht. Sie kämpfte mehr als ein halbes Jahrhundert für das Frauenstimmrecht und liess sich nicht entmutigen. Das ist das grosse Vorbild für das Stimmrecht für alle – auch für jene, die (noch) keinen Schweizer Pass haben.

4. Rückstufung des Aufenthaltsrechts wegen Sozialhilfe-Bezug: Welche politischen Handlungsmöglichkeiten?

Osman Osmani: Wir befassen uns seit langem mit dem Problem der Rückstufung des Aufenthaltsrechts wegen Sozialhilfe-Bezug. Wir führten im Dezember 2019 in der Fachkommission Anhörungen durch, diskutierten darüber an der Delegiertenkonferenz im Februar und legten der Delegiertenversammlung der SP Schweiz unsere Resolution vor, die eine Arbeitsgruppe der SP MigrantInnen erarbeitet hat. Nachdem die DV der SP unserer Resolution zugestimmt hat, sind die politischen Positionen im Grunde geklärt. Nun geht es darum, miteinander wirksame politische Projekte zu entwickeln, um gegen diese inakzeptablen Rückstufungen vorzugehen. Leider sind auch die Kantone und das Justizdepartement unter Karin Keller-Suter nicht untätig. Vielmehr arbeiten diese an weiteren Verschärfungen. Wir haben einen ausgewiesenen Fachmann eingeladen, um uns die neuesten Entwicklungen zu erläutern. Es ist Kurt Zubler, Chef der SP Fraktion im Grossrat Schaffhausen und Ko-Präsident des Vorstandes der Schweizerischen Konferenz der Integrationsdelegierten. Er steckt für uns einleitend den aktuellen politischen Rahmen ab. Anschliessend werden wir in Arbeitsgruppen miteinander Vorschläge erarbeiten, wie wir politisch am besten vorgehen können und wollen.

4.1 Referat Kurt Zubler, SP Fraktionschef Kantonsrat Schaffhausen, Co-Präsident Vorstand Schweizer. Konferenz der Integrationsdelegierten

Mit den neuen Ausländer- und Integrationsgesetz traten per 1. Januar 2018 bezüglich Aufenthaltsrecht und per 1. Januar 2019 bezüglich Einbürgerung sehr schlechte, rückschrittliche Regelungen in Kraft. Es wird nicht einfach werden, da entgegenzuhalten. Wie vorhin Mattea zu unserer Forderung für ein *ius solis* ausgeführt hat, dürfen wir uns bei Rückschlägen nicht entmutigen lassen. Aufgeben ist keine Option. Vielmehr müssen wir fortfahren, unsere Forderungen zu stellen, denn es geht um sehr viel.

Vor der Revision hiess das Gesetz «Ausländergesetz», neu heisst es «Ausländer- und Integrationsgesetz» AIG. Eigentlich ist es erfreulich, dass im Titel des Gesetzes neu von etwas Positivem gesprochen wird. Aber im Gesetz geht es nicht um ein gemeinsames Miteinander. Vielmehr geht es um ein Messinstrument: Wie weit ist jemand integriert? Das Gesetz tut so, als ob die Integration nur von der betreffenden Person abhängt und nichts mit ihren Ressourcen zu tun hat. Ein solches Messinstrument ist völlig daneben. Jede Person steht an einem anderen Ort und hat höchst unterschiedliche Möglichkeiten. Mit unserer Resolution, in der wir gegen die Rückstufungen Position ergriffen haben, ist schon viel Gutes klargestellt. Aber ich muss Euch aufwecken: Die zuständigen Behörden setzen alles daran, dass es noch schlimmer wird. Umso wichtiger ist, dass wir nun entgegenhalten. Das Ganze

geht auf die unsägliche SVP-Ausschaffungsinitiative von 2010 zurück. Diese wirkte sich stark auf die Gesetzgebung aus. Als es um die Umsetzung der Initiative ging, forderte die FDP 2014 in einer [Motion](#), die Einwanderung aus Drittstaaten (d.h. ohne EU/EFTA-Staaten) in die Sozialhilfe zu stoppen. Konkret forderte die FDP, Einwanderer aus Drittstaaten nach der Einreise während drei bis fünf Jahren von der Sozialhilfe auszuschliessen (was schlicht verfassungswidrig ist, sieht doch die Bundesverfassung in Artikel 12 ein Recht auf Sozialhilfe vor). Diese äusserst diskriminierende Forderung lehnte das Parlament zwar als solche ab. Der Ständerat nahm die Forderung aber nach einigem Hin und Her 2017 als Prüfauftrag ([Postulat](#)) an. 2019 legte der Bundesrat dazu einen sehr umfassenden [Bericht](#) vor. Er enthält viele statistische Angaben, wieviel Sozialhilfe die Kantone an ImmigrantInnen aus welchen Drittstaaten ausbezahlen und leitet daraus 20 Handlungsoptionen ab, wie Angehörige aus Drittstaaten von der Sozialhilfe ausgeschlossen werden könnten. Anschliessend überprüfte eine Expertengruppe diese Optionen. Die Expertengruppe war sehr breit aufgestellt mit Fachleuten aller Staats- und Fachebenen. Auch Kurt gehörte ihr an. Die ExpertInnen lehnten die Vorschläge mehrheitlich ab. Die neue Vorsteherin des EJPD, Bundesrätin Karin Keller-Suter, setzte sich aber über die ablehnende Empfehlung ihrer eigenen Expertengruppe hinweg. Sie hatte sich drei Jahre vorher schon als Ständerätin dafür eingesetzt, die Sozialhilfe an Drittstaatenangehörige zu stoppen. Sie legte dem Bundesrat entsprechende Vorschläge vor, denen dieser leider am 15. Januar 2020 zustimmte (siehe [Medienmitteilung](#)). Die katastrophale Stossrichtung dieses Beschlusses ist leider von den Medien überhaupt nicht bemerkt worden. Es gab darüber bisher keine öffentliche Diskussion. Wir müssen jetzt aufwachen! Es geht darum, frühzeitig gegen diese Vorschläge Stellung zu beziehen:

- Vorläufig Aufgenommene sollen in der Sozialhilfe schlechter gestellt werden;
- Niederlassungsbewilligungen sollen bei Sozialhilfebezug erleichtert widerrufen werden können;
- Sozialhilfe für Personen mit Aufenthaltsbewilligung soll in den ersten drei Aufenthaltsjahren in der Schweiz generell eingeschränkt werden. Für Kurt Zubler ist klar: Diese Massnahme ist aus Integrationsicht völlig kontraproduktiv. Wird in den ersten drei Jahren des Aufenthaltes keine Sozialhilfe geleistet, so sinkt die Aussicht rapide, dass eine erfolgreiche Integration gelingt. Die ersten Aufenthaltsjahre in der Schweiz sind für das Gelingen der Integration entscheidend. Wir können Betroffene nicht während drei Jahren faktisch vom gesellschaftlichen Leben ausschliessen und erwarten, dass sie später daran werden erfolgreich teilhaben können;
- die statistischen Daten über Sozialhilfebezug von Drittstaatenangehörigen sollen vermehrt miteinander verknüpft und ausgewertet werden – auch dies mit der Stossrichtung, so leichter weitere Hürden einbauen zu können;
- besonders schlecht ist die Einführung eines Zustimmungsverfahrens mit dem Ziel, die liberalen Kantone auf einen repressiven Kurs umzupolen. Neu müssen Kantone, welche die Aufenthaltsbewilligung von Drittstaatenangehörigen verlängern, obschon diese Sozialhilfe beziehen, dafür die Zustimmung des SEM einholen. Der Kanton muss also beim SEM einen Bericht einreichen und die Verlängerung des Aufenthaltes vom SEM bewilligen lassen. Dieses Zustimmungsverfahren greift nur, wenn der Kanton eine Aufenthaltsbewilligung verlängert, nicht aber, wenn er dies ablehnt. Die Vereinheitlichung dient also ausschliesslich der Disziplinierung nach unten: ein grosszügiges Ermessen durch die Kantone soll durch das SEM verhindert werden. Diese Massnahme ist bereits eingeführt worden – das ging in der Öffentlichkeit völlig unter;
- der Begriff der «Sozialhilfekosten» soll zwischen den Kantonen vereinheitlicht werden mit dem Ziel, die Schraube auch über diese Definition weiter anzuziehen. Im Kanton Bern beispielsweise sagt das Gesetz, dass Integrationsmassnahmen nicht als Sozialhilfe gelten. Das Migrationsamt sieht in seinen Richtlinien aber vor, dass Integrationsmassnahmen auch als Sozialhilfe qualifiziert werden. Sozialhilfe muss vollständig zurückbezahlt werden, um sich einbürgern oder den Aufenthalt verlängern zu können. Werden Aufwendungen für Integrationsmassnahmen auch als Sozialhilfe qualifiziert, so kann dies die rückzahlungspflichtige Summe um mehrere Zehntausend

Franken erhöhen. Diese Definitionsfrage macht also einen riesigen Unterschied. Die Stossrichtung der vereinheitlichten Definition ist, auch hier die Hürden in allen Kantonen höher zu machen und liberalere Kantone auf einen repressiven Kurs zu zwingen. Haupteffekt wird darin bestehen, dass Armutsbetroffene keine Integrationskurse mehr besuchen werden: keine Sprachkurse, keine Informationen über den Alltag und das Leben in der Schweiz, nichts, denn der Besuch solcher Kurse wird in Zukunft als Sozialhilfe qualifiziert und daraus ein Hindernis für die Verlängerung des Aufenthaltsstatus gemacht. Das ist zutiefst kontraproduktiv, denn Armutsbetroffene, die besonders auf solche Kurse angewiesen wären, werden das vermeiden, weil sie Angst haben, dass ihnen dies als Sozialhilfe ausgelegt wird und sie damit ihren Aufenthaltsstatus gefährden;

- neu sollen die Gemeinden die Migrationsbehörden regelmässig über den Bezug von Sozialhilfe informieren. Auch diese Massnahme zielt darauf ab, den Aufenthaltsstatus von Personen, die Sozialhilfe beziehen, zu prekarisieren: bekämpft wird nicht die Armut, sondern die von Armut Betroffenen;
- Neu soll der Bezug von Sozialhilfe durch Drittstaatenangehörige auch im Zentralen Migrationsinformationssystem (ZEMIS) registriert werden, das vom SEM betrieben wird. Drittstaatsangehörige werden dadurch zu gläsernen Bürgern und Bürgerinnen gemacht und ihres Rechtes an den eigenen Daten beraubt – all dies, damit das SEM erleichtert intervenieren kann, falls eine Gemeinde oder ein Kanton den vorhandenen Ermessensspielraum zugunsten der Drittstaatsangehörigen nutzen möchte.

All diese Verschlechterungen hat die Expertenkommission mehrheitlich abgelehnt, aber die Migrationsämter und das SEM waren dafür. Nach aussen wurde beschönigend gesagt, es habe keine einheitliche Meinung gegeben, obschon praktisch alle Fachleute die neuen Massnahmen ablehnten.

Kurt Zubler bedauert, dass sich auch die SP und namentlich die SP Fraktion noch viel zu wenig mit dieser katastrophalen Entwicklung auseinandergesetzt und darüber kaum Öffentlichkeit geschaffen hat. Diese Entwicklung ist am Laufen und wir müssen endlich das Steuer herumreissen!

Osman Osmani dankt Kurt Zubler für diese eindrücklichen und erschütternden Informationen und eröffnet an dieser Stelle die Diskussion.

Franco Castrovillari: Sind vom neuen Zustimmungsverfahren des SEM auch EU- und EFTA-Staatsangehörigen betroffen? Wie sind diese Fragen im Freizügigkeitsabkommen geregelt? Franco weist darauf hin, dass er Kenntnis von Fällen hat, in diesen leider auch EU/EFTA-Staatsangehörige von Rückstufungen aufgrund des Sozialhilfebezugs betroffen waren.

Kurt Zubler: All meine Ausführungen haben sich allein Drittstaatsangehörige, also Nicht-EU/EFTA-Staatsangehörige bezogen. Rechtlich ist es so, dass das Freizügigkeitsabkommen der Schweiz mit der EU eine Verknüpfung von Sozialhilfe und Aufenthalt verbietet und EU/EFTA-Staatsangehörige in Bezug auf Sozialversicherungs- und Sozialhilfe-Fragen grundsätzlich den Schweizer Staatsangehörigen gleichstellt. Kurt hat aber auch Kenntnis von Fällen, wie sie Franco geschildert hat. Es ist offensichtlich, dass Karin Keller-Suter und das SEM versuchen, diese Prekarisierungsstrategie auf alle auszuweiten, auch auf Staatsangehörige der EU und der EFTA.

Mustafa Atici dankt Kurt sehr herzlich für seine wichtigen Ausführungen. SP Nationalrätin und Fraktions-Vize-Präsidentin Samira Marti hat eine [Parlamentarische Initiative](#) «Armut ist kein Verbrechen» eingereicht, die fordert, jegliche Verknüpfung des Aufenthaltsstatus mit dem Bezug von Sozialhilfe auszuschliessen. Findet dieser Vorstoss eine Mehrheit, so würden alle geplanten Verschärfungen, die uns Kurt jetzt erläutert hat, hinfällig. Wir sind am Überlegen, dieser Parlamentarischen Initiative in Form einer Kampagne öffentlich Schub zu geben. Wir sollten aber auch auf kantonaler Ebene genauer hinsehen und die Diskussion vor Ort fördern. Sollte es im Rahmen der SP-Delegation in der

für solche Fragen zuständigen Staatspolitischen Kommission (SPK) noch offene Fragen geben, werden wir sehr gerne auf das Unterstützungsangebot von Kurt Zubler zurückkommen.

Halua Pinto de Magalhães äussert sich überrascht, wieviel Energie reingesteckt wird, um sehr wenigen Leuten das Leben extrem schwer zu machen.

Kurt Zubler bestätigt diese Beobachtung. Die Massnahmen zielen letztlich auf eine verhältnismässig kleine Gruppe der Schwächsten überhaupt in unserer Gesellschaft. [AvenirSocial](#), der Berufsverband für Soziale Arbeit, hat kürzlich zusammen mit Caritas im Sozialalmanach 2020 «Eine Sozialhilfe für die Zukunft» die Zahlen aufgearbeitet. Die Sozialhilfe steht seit einigen Jahren unter grossem Druck und wird in Verletzung der Grundrechte der Betroffenen schrittweise umgebaut – obschon es letztlich um verhältnismässig wenig Betroffene und wenig Geld geht.

Emmanuel Deonna erinnert an die Bilder mit Hunderten, ja Tausenden von Menschen, die in Genf für Essenspakete angestanden sind. Dies hat die Reputation der Schweiz schwer beschädigt. Viele verzichten offensichtlich auf Sozialhilfe und weichen auf karitative Hilfe aus, weil sie Angst haben, andernfalls den Aufenthaltsstatus zu verlieren. Auch die Sans-Papiers hängen völlig in der Luft.

Kurt Zubler: Ja, die Sans-Papiers sind von allen am meisten ausgegrenzt. denn sie dürfen laut dem Gesetz gar nicht hier sein. Deren Prekarisierung wird durch die neuen Massnahmen nun auf die Angehörigen von Drittstaaten ausgeweitet. Viele Leute haben jetzt in der Corona-Krise Angst und wollen nicht zusätzlich auffallen. Umso wichtiger ist es, dass wir diese Entwicklung skandalisieren.

Osman Osmani schliesst an dieser Stelle die Diskussion. Das Ganze hat leider System. Die Rechtsbürgerlichen sind sehr gut koordiniert. Auf unserer Seite gibt es leider keine grosse Allianz. Alles ist in Sektoren aufgesplittert: den Asylbereich, den Drittstaatenbereich, den Bereich der EU/EFTA-Staatsangehörigen, die Familienangehörigen, die Drittgeneration usw. usf. Die Rechten bauen ihr repressives System auf «teile und herrsche» («divide et impera»). Dies erschwert es den Betroffenen, ihre gemeinsamen Interessen zu erkennen und zusammenzustehen. Es ist an uns, diese Klassenkampf-von-oben-Gesetzgebung zu durchschauen und entgegenzuhalten.

4.2 Wie gehen wir politisch am besten vor? Fragestellung für Arbeitsgruppen

Es werden nun 4 Arbeitsgruppen gebildet. Ziel dieser Arbeitsgruppen ist es, politische Handlungsmöglichkeiten zusammenzutragen, wie wir miteinander am besten entgegenhalten und diese fatale Entwicklung stoppen können.

4.3 Arbeit in Arbeitsgruppen

Die vier Arbeitsgruppen erarbeiten Vorschläge und halten diese auf Poster fest.

4.4 Zusammentragen der Vorschläge für politische Projekte

Arber Bullakaj (Sprecher Gruppe 1): Für unsere Gruppe ist es zentral, konkrete Fälle bekannt zu machen, diese zu skandalisieren und gestützt darauf eine Bürgerrechtsbewegung aufzubauen. Es sieht so aus, dass wir auf nationaler Ebene keine Mehrheiten bilden können, weil ja schon vieles im Ausländer- und Integrationsgesetz AIG geregelt ist. Umso wichtiger ist es, dass wir jetzt in den Kantonen ansetzen. Wir können Mustervorstösse ausarbeiten, die den SP Fraktionen in den kantonalen Parlamenten zur Verfügung gestellt werden, damit sie diese an ihre Verhältnisse anpassen und einreichen. Eine zentrale Forderung betrifft, die Diskriminierung für die Drittstaaten-Angehörigen aufzuheben. Das ist auch politisch wichtig, damit sich jene aus EU/EFTA-Staaten mit den Drittstaatsangehörigen solidarisieren. Auch sollten wir an klaren Begrifflichkeiten arbeiten. Dafür bietet sich der Rechtsweg an. Die Gerichte stehen in der Regel eher auf unserer Seite. So kann Fairness eher gewährleistet werden. Die Erfahrung zeigt aber, dass viele MigrantInnen davor zurückschrecken, Beschwerde einzulegen und den Rechtsweg zu beschreiten. Es liegt an uns zu erklären, dass die Schweiz grundsätzlich ein Rechtsstaat ist und es sich lohnt, vor Gericht zu gehen. Die Menschen

müssen anfangen, sich zu wehren. Dies erfordert von unserer Seite Ermutigung und Begleitung. Zudem sollten wir ein Monitoring einrichten, damit wir den strukturellen Charakter der Diskriminierung aufzeigen können.

Halua Pinto de Magalhães (Sprecher Gruppe 2): Wir stellten fest: das Gesetz richtet sich vordergründig gegen Angehörige von Drittstaaten; politisch geht es aber um ein Signal gegen alle. Die kantonalen Behörden wenden diese rechtlichen Grundlagen stets auch gegen Angehörige aus EU/EFTA-Staaten an. Es geht letztlich um die Einschüchterung aller MigrantInnen. Wir müssen die Leute informieren und ihnen beistehen, wenn sie einen Brief vom SEM erhalten, beispielsweise weil sie arbeitslos geworden sind: Sie sollen nicht vor Angst erstarren, sondern sich Hilfe holen und sich wehren. Wir sollten uns informieren und uns einen noch besseren Überblick verschaffen, was alles abläuft. Es geht auch um rechtliche und um Datenschutz-Fragen. Eine wichtige Forderung könnte darin bestehen, es sei eine Ombudsstelle einzurichten, bei welcher sich Betroffene Beratung und Hilfe holen können. Ferner sollten wir Listen von Anwälten und Anwältinnen erarbeiten, die in solchen Fragen rechtliche Hilfe anbieten. Das einzig Richtige wäre wohl eine Volksinitiative, welche alle diese neuen Bestimmungen rückgängig macht. Das ist aber wohl wenig realistisch: schon die Unterschriftensammlung wäre eine gewaltige Herausforderung, die Aussicht, in der Abstimmung Volk und Stände für uns zu gewinnen, wohl eher gering. Umso wichtiger ist, unser Lobbying zu verstärken und mehr Öffentlichkeit zu schaffen. Wichtige Verbündete sind der Städteverband und andere interkantonale Verbände. Diese können dazu beitragen, eine Harmonisierung in jene Richtung zu erreichen, wie wir wollen. Die Städte sind für uns die wichtigsten potenziellen Verbündeten, denn die MigrantInnen wohnen ja vielfach in Städten und diese machen mit ihnen gute Erfahrungen. Auf kantonaler und regionaler Ebene müssen wir unsere Sensibilisierungsarbeit deshalb verstärken.

Rose Lièvre (Sprecherin Gruppe 3): Unsere Gruppe hat sich vorab mit Fragen der Bildung und des Zugangs zu Erwerbsarbeit beschäftigt. Viele Immigrierte haben grosse Ressourcen und Kompetenzen, die sie nach Ankunft in der Schweiz nicht wirklich fruchtbar machen können. Kommen wir hier weiter, dann geraten die Leute weniger in die Abhängigkeit von Sozialhilfe mit all ihren negativen Folgen. Wir sollten deshalb fordern, dass MigrantInnen anonyme Bewerbungen einreichen können, Zugang zu lebenslanger Bildung und Weiterbildung erhalten und Angebote für nachholende Bildung bestehen. Dies alles ist entscheidend, um Zugang zum Arbeitsmarkt zu erhalten und ein gutes Leben zu haben. Leider gibt es in ZH, LU und anderen Kantonen grosse Schwierigkeiten, Sprachkurse besuchen zu können und darin unterstützt zu werden. In der aktuellen Coronakrise sind besonders häufig die MigrantInnen als erste entlassen worden. Auch dies hat viel mit Bildung zu tun. Denn nur mit Bildung kann man sich wehren – beispielsweise bei ungerechtfertigten Entlassungen. Auch unsere Gruppe 3 diskutierte ausführlich über die Aufspaltung des Aufenthaltsrechts auf verschiedene Gruppen. Die Forderung ist sehr wichtig, dass alle unter den gleichen Bedingungen in die Schweiz einwandern und sich hier aufhalten können. Heute sind bei uns die Sans-Papiers zuunterst, sehr weit unten sind auch die Angehörigen aus Drittstaaten. Jene aus der EU/EFTA sind scheinbar am wenigsten von Prekarisierungen betroffen. Letztlich richten sich die diskutierten Gesetze aber auch gegen diese. Wir müssen gleiche Rechte für alle fordern. Ich weiss: Das ist politisch sehr schwierig durchzusetzen, aber als Forderung dennoch wichtig.

Emmanuel Deonna (Sprecher der Gruppe 4): Wir sollten immer wieder betonen: Das Recht auf Sozialhilfe ist in der Bundesverfassung verankert und ein Menschenrecht. Alle haben Anspruch auf Existenzsicherung. Das ist ein Grundrecht, das für alle Menschen gilt. Umso wichtiger ist es, die Ungleichbehandlung von Drittstaatenangehörigen gegenüber solchen aus der EU/EFTA anzuprangern. Politisch kommen wir weiter, wenn wir konkrete Fälle sammeln über Leute, die aufgrund des Bezugs von Sozialhilfe zurückgestuft wurden. Wir sollten sie über ihre Rechte informieren und sie ermutigen und begleiten, sich zu wehren. Wir müssen damit auch in die Medien gehen. Diese Prekarisierungsstrategie darf nichts Abstraktes bleiben, sondern muss in der Öffentlichkeit einen Namen und ein

Gesicht erhalten und Empathie ermöglichen. Nur so kommt es auch in der Zivilgesellschaft an. Wir sollten uns gegenseitig über gute Erfahrungen informieren, diese unter uns austauschen und ebenso auf Verwaltungsebene und unter den Gemeinden Best Practice sammeln.

Osman Osmani: Vielen Dank für die sehr ertragreiche Diskussion und die guten Vorschläge. Das Präsidium nimmt diese entgegen, stellt sie in Stichworten zusammen und legt diese der nächsten Delegiertenkonferenz nochmals vor, damit wir dort unsere Prioritäten definieren können. Wir müssen hier schlagkräftiger werden und mit guten politischen Aktionen entgegenhalten.

5. Corona-Aktionsplan der SP MigrantInnen Schweiz

5.1 Vorstellung Entwurf Aktionsplan

Mustafa Atici: Viele möchten pünktlich auf den Zug gehen. Deshalb wollen wir hier zügig vorwärts gehen. Wir haben den Corona-Aktionsplan im Juni breit an unsere Mitglieder verschickt und darum gebeten, Anträge einzureichen. Bisher sind keine Anträge eingegangen. Er stösst offenbar auf Zustimmung. Auch die SP Fraktion in der Bundesversammlung hat den Corona-Aktionsplan ausführlich diskutiert. Sowohl auf Bundesebene als auch in einigen Kantonen wurden Vorstösse eingereicht. Mustafa reichte im Nationalrat eine [Interpellation](#) ein, damit die MigrantInnen in ihrer Muttersprache informiert werden. Viele erhalten über die sozialen Medien zum Teil massive Falschinformationen. Da müssen wir entgegenhalten – zum Schutz unserer Gesundheit! – Nazan Walpoth, Ko-Präsidentin der SP MigrantInnen Bern und Urim Deva, Vorstandsmitglied der SP MigrantInnen Basel haben sich vertieft mit dem Thema der Gesundheitsinformationen für die Migrationsbevölkerung beschäftigt und werden uns jetzt über ihre Erfahrungen informieren.

Nazan Walpoth: Neben meinem Engagement bei den SP MigrantInnen bin ich Ärztin, Kardiologin, Präsidentin des schweizerisch-türkischen Ärztevereins ([STAV](#)) und neu SP-Grossrätin im Kanton Bern. Schon ganz zu Beginn der Corona-Krise erhielt ich sehr viele Anfragen. Die Bevölkerung war mit der Situation überfordert, namentlich jene, die aus sprachlichen oder anderen Gründen keine Medien lesen, waren völlig aufgeschmissen. Per WhatsApp wurde ich damals geradezu mit Fragen bestürmt. Da ich als Kardiologin keine Spezialistin für Ansteckungskrankheiten bin, musste ich mich zuerst selbst informieren. Damit es rascher geht, habe ich meine Informationen nicht in schriftlicher Form, sondern als kleine Sprachnachrichten über WhatsApp verbreitet. Diese Podcasts haben sich rasch von selber verbreitet. Plötzlich hörte ich meine Stimme am Radio. Ich wusste nichts davon: die Journalistin für türkische Sprache erfand Fragen und schnitt meine über WhatsApp verbreiteten Informationen als Antworten hinein. So wurde ich plötzlich für die gesamte türkische Community in der Schweiz und darüber hinaus zur Corona-Fachfrau. Meine Gesundheitsinformationen wurden am Ende in ganz Europa und selbst in der Türkei verbreitet – meistens ohne mich zu fragen. – Aus dieser Erfahrung können wir aus politischer Sicht viel lernen: Zentral sind Schlüsselpersonen, die sowohl in einer Schweizer Landessprache als auch in einer Herkunftssprache von MigrantInnen gut unterwegs sind. Das Bundesamt für Gesundheit BAG ist zwar super. Es hat von Anfang an viele Informationen in zahlreichen Sprachen zur Verfügung gestellt; auf der BAG-Seite finden sich Flyer und Video-Nachrichten in zahlreichen Sprachen (siehe <https://bag-coronavirus.ch/> – dort oben rechts auf Weltkugel-Symbol klicken). Aber: diese kamen nicht bei der Zielgruppe an. Denn viele wissen nicht, wo sie diese Infos finden können. Gut gebildete MigrantInnen sprechen neben ihrer Herkunftssprache eine schweizerische Landessprache. Es gibt aber viele, auf die das nicht zutrifft oder die ohnehin Schwierigkeiten haben, schriftliche Texte wirklich zu verstehen. Ich bin deshalb aufs BAG zugegangen und habe gesagt: Ich kann helfen, als Türkin, und in einschlägigen Geschäften Flyer in türkischer Sprache aufhängen. Das genügt aber nicht. Das BAG weiss nicht, wer welche Sprache spricht, hat keine Mail-Datenbank und für Plakate kein Geld. Ich gelangte deshalb an den Ärzteverein STAV, der bereit war, Flyer drucken zu lassen. Auch damit ist es aber nicht getan. Es braucht Zugangswege. Ich habe

davon einige zusammengestellt (siehe Folie): Medien der Migrationsbevölkerung, Brief, E-Mail, direkte Kontakte, Radio, soziale Medien, Zeitschriften, Webportale, Fernsehen in den betreffenden Sprachen, Vereine, Glaubensgemeinschaften, Geschäfte, Restaurants, wo sich die Leute treffen. Am allerwichtigsten sind Schlüsselpersonen, d.h. Leute, die die erforderlichen Sprachkenntnisse haben und glaubwürdig sind. Solche Schlüsselpersonen sind unverzichtbar, damit die Gesundheitsinformationen bei den Leuten tatsächlich ankommen. In der Schweiz gibt es rund 50 regelmässig erscheinende fremdsprachige Medien, die unsere Infos weiterverbreiten können. Es geht um möglichst einfache Texte, die mit Namen unterzeichnet sein müssen. Eine Schlüsselperson muss nicht selbst eine Fachperson sein, aber Zugang zu verlässlichen Informationen haben. Radio ist sehr populär, ebenso Sprachnachrichten auf WhatsApp. Plötzlich wurde ich sogar ein TV-Star. Ich wurde auch von Fernsehstationen interviewt, von denen ich das als linke Grossrätin niemals erwartet hätte – via Skype sogar von Fernseh-Kanälen aus der Türkei, die von der Community hier in der Schweiz intensiv konsumiert werden. Es hat funktioniert, ich habe sehr viel Feedback bekommen. Die Leute sind für konkrete Beratung und verlässliche Informationen sehr empfänglich. So kann Vertrauen aufgebaut und Kontakte vertieft werden. Die Vereine sind dabei sehr wichtig. Diese können Info-Veranstaltungen anbieten. Dort spreche ich dann über Gesundheit, aber auch über politische Themen. Das geht nur, wenn zuerst Vertrauen aufgebaut worden ist. Die führenden Leute der Vereine müssen mich kennen und mir vertrauen. Beziehungsarbeit ist zentral, nur so entsteht Vertrauen. Ich habe sehr viel Dankbarkeit erfahren. Das hat mich motiviert. Bitte macht das auch!

Urim Deva: Gesundheitskompetenz ist zentral – auch bei den MigrantInnen. Das BAG definiert Gesundheitskompetenz als «die Fähigkeit, des Einzelnen, im täglichen Leben Entscheidungen zu treffen, die sich positiv auf die Gesundheit auswirken». Urim zeigt einen [Youtube-Film der EU](#) über Gesundheitskompetenz. Er zeigt, dass in der EU rund 40% der Bevölkerung gar nicht versteht, was ihr Arzt sagt und empfiehlt. Das BAG hat eine ähnliche Studie in der Schweiz durchgeführt. Diese zeigte: 10 von 100 Menschen haben eine ausgezeichnete, 36 eine ausreichende, 45 eine problematische und 9 von 100 eine unzureichende Gesundheitskompetenz. Eine geringe Gesundheitskompetenz haben oft solche, die finanzielle Schwierigkeiten haben, wenig sportlich aktiv sind, ältere Menschen, solche mit tiefem Bildungsniveau – all dies mit einem um rund 4% höheren Anteil in der Migrationsbevölkerung. Der Kanton Basel-Stadt hat vor diesem Hintergrund einen Dialog Gesundheit aufgebaut, der auch kulturelle Aspekte mit einbezieht und besonders vulnerable Personen identifiziert. Urim wirkt in diesem Dialog als Vertreter der SP MigrantInnen mit. Es geht darum, die Informationsangebote und die Zielgruppen zu identifizieren und Vorschläge zu erarbeiten, mit welchen Interventionen die Gesundheitskompetenzen erhöht werden kann. Die Sprache ist ein zentrales Thema, denn mit den Fachbegriffen sind viele Menschen überfordert – nicht allein solche aus der Migrationsbevölkerung, dort aber besonders («Community at risk»). Kurz: Das Thema Gesundheitskompetenz ist neu, und braucht es braucht noch sehr viel Anstrengung und Sensibilisierung um weiterzukommen. Das sollte aber auch von den SP MigrantInnen aufgenommen werden.

Urim würde sich freuen, wenn die SP MigrantInnen der Einsetzung einer «Arbeitsgruppe Gesundheit» zustimmen könnten, die er zusammen mit Nazan leiten würde (ein Blatt wird in Zirkulation gegeben, auf dem sich Interessierte eintragen können).

Beschluss der Tagung: Der bereinigte Aktionsplan und die Einsetzung der «Arbeitsgruppe Gesundheit» werden einstimmig genehmigt.

6. Tätigkeitsbericht 2019–2020 der SP MigrantInnen. Abnahme

Mustafa stellt den Tätigkeitsbericht 2019-2020 vor. Daraus geht hervor, dass Kandidaturen aus dem Kreis der SP MigrantInnen auf den Listen der Kantonalparteien zu den Nationalratswahlen gut vertreten waren. Unsere frühzeitige Intervention hat gewirkt. Beim Aufbau kantonaler und regionaler Sektionen der SP MigrantInnen sind wir zwar einen Schritt weitergekommen, es bleibt aber viel zu

tun. Mustafa ruft ferner zum Endsprint in der Abstimmungskampagne über die Begrenzungsinitiative auf, zu welcher wir Flyer und Vorlagen für Social Media in zehn Sprachen erarbeitet haben.

Beschluss der Tagung: Der Tätigkeitsbericht wird einstimmig genehmigt.

7. Jahresziele 2020–2021 der SP MigrantInnen. Abnahme

Mustafa stellt die Jahresziele 2020 – 2021 vor. Drei Ziele möchte ich hervorheben: Die Nachwuchsförderung ist enorm wichtig. Um in den Wahlen 2023 Erfolg zu haben, genügt es nicht, erst kurz vor den Wahlen Leute aufzustellen. Das braucht sorgfältige Aufbauarbeit. Sehr wichtig ist auch das zweite Ziel: Die Einbürgerungskampagne wieder zu intensivieren. Über 1 Million Personen erfüllen die Aufenthaltsfristen für die Einbürgerung, verzichten aber darauf. Das muss sich mit unserer Hilfe ändern. Schliesslich möchten wir unseren eigenen organisatorischen Aufbau voranbringen und weitere kantonale Sektionen gründen.

Emmanuel Deonna will vor der Abstimmung über die Jahresziele nochmals sehr herzlich für die gute Arbeit der SP Schweiz und des Präsidiums der SP MigrantInnen danken. Das mobilisiert unsere Basis und trägt dazu bei, dass die Migrationsbevölkerung in der Schweiz eine eigene politische Stimme erhält. Wir sollten mehr voneinander lernen. Es gibt auch in der Romandie gute Erfahrungen, die wir weitergeben können. Leider erhalten die SP MigrantInnen in der Romandie nicht von allen Kantonalparteien die gleich grosse Unterstützung.

Isi von Fink weist zum Thema Einbürgerungen auf einen Erfolg in Basel-Stadt hin. Ein SP Vorstoss führte dazu, dass für erleichterte Einbürgerungen die Gebühren gestrichen wurden. Wer wenig Geld hat, kann auch bei der ordentlichen Einbürgerung den Antrag stellen, dass die Gebühr ganz erlassen wird. Isi ruft dazu auf, solche Vorstösse auch in anderen Kantonen einzureichen.

Beschluss der Tagung: Die Jahresziele werden einstimmig genehmigt.

8. Varia

Die nächste Delegiertenkonferenz findet am 24. Oktober 2020 statt. Dort werden wir u.a. die Delegierten der SP MigrantInnen in die Geschäftsleitung der SP Schweiz wählen [beides musste seither Corona-bedingt verschoben werden...].

Die Jahreskonferenz findet am 27. Februar 2021 statt. Dort geht es dann um Gesamterneuerungswahlen. Kandidaturen und Nominationen sind mit einer Frist von 2 Wochen vorher, d.h. bis am Freitag 12. Februar einzureichen. Dies wird auch noch per E-Mail allen Mitgliedern mitgeteilt werden.

Emmanuel Deonna regt an, bei der nächsten Konferenz das Thema der Sans-Papiers zu traktandieren. In Genf gibt es dazu interessante und ermutigende Erfahrungen. Das Präsidium nimmt diesen Wunsch entgegen und schaut, wann das wichtige Thema am besten traktandiert werden kann.

Jahreskonferenz 2020 der SP MigrantInnen Schweiz Conférence annuelle 2020 du PS Migrant-e-s Suisse

Herzlich willkommen in Bern
Bienvenue à Berne



Parti socialiste
migrant-e-s
Suisse



Sozialdemokratische Partei
MigrantInnen
Schweiz

Herzlich willkommen in Bern
Bienvenue à Berne



Traduction canal 2 (FR)



Übersetzung Kanal 6 (DE)



Traktandum | point 0

Begrüssung

Salutation

Rebekka Wyler

Co-Generalsekretärin SP Schweiz

Co-secrétaire générale du PS Suisse



Traktandum | point 1

Françoise Bassand, Vize-Präsidentin / vice-présidente

Eröffnung der Jahreskonferenz: Ouverture de la session

- 1.1 Wahl der StimmenzählerInnen
- 1.2 Genehmigung der Geschäftsordnung (S.2)
- 1.3 Genehmigung des Protokolls Jahresversammlung 2019 (S. 3-12)
- 1.4 Genehmigung der Traktandenliste (S.1)

- 1.1 Election des scrutateurs/scrutatrices
- 1.2 Adoption du règlement de l'assemblée (p.2)
- 1.3 Approbation du procès-verbal de l'Assemblée annuelle 2019 (p.3-12)
- 1.4 Adoption de l'ordre du jour (p.1)



Traktandum | point 2

Rede
Discours

Mustafa Atici

Präsident SP MigrantInnen Schweiz, Nationalrat BS
Président du PS Migrant-e-s suisse, Conseil national BS



Traktandum | point 3

SP-PräsidiatskandidatInnen stellen sich vor
Candidat-e-s au présidium du PS Suisse se présentent

Mattea Meyer

Nationalrätin ZH, Co-Kandidatin
Conseillère nationale ZH, co-candidate



Cédric Wermuth

Nationalrat AG, Co-Kandidat
Conseiller national AG, co-candidat



Traktandum | point 3

**Unsere Fragen an die SP-PräsidiumskandidatInnen
Nos questions aux candidat-e-s au présidium du PS Suisse**

Siehe Tischvorlage Seite 13

Voir livret de documents page 13



Traktandum | point 3

**Unsere Fragen an die SP-PräsidiumskandidatInnen
Nos questions aux candidat-e-s au présidium du PS Suisse**

Weitere Fragen der Anwesenden?

Autre questions des personnes
présentes?



Traktandum | point 4

**Rückstufung des Aufenthaltsrechts
wegen Sozialhilfe-Bezug
Rétrogradation du droit de séjour en
raison de l'aide sociale**

Resolution auf Seiten 14-15 der Tischvorlage
Résolution aux pages 14-15 du livret de documents

Osman Osmani, Vize-Präsident / vice-président



Traktandum | point 4.1

**Referat
Exposé**

Kurt Zubler

SP Fraktionschef Kantonsrat Schaffhausen,
Co-Präsident Vorstand Schweizer. Konferenz der Integrationsdelegierten
chef du groupe PS au Grand Conseil de Schaffhouse,
co-président de la Conférence suisse des délégués cantonal à l'intégration



**Rückstufung des Aufenthaltsrechts wegen
Sozialhilfe-Bezug:**

Welche politischen Handlungsmöglichkeiten?

*Rétrogradation du droit de séjour en raison de l'aide
sociale:*

Quelles possibilités politiques d'action ?

SVP-Ausschaffungsinitiative

vorhergehende und folgende Initiativen

Initiative sur le renvoi de l'UDC

initiatives précédentes et ultérieures

Motion 14.3691 der FDP-Liberale Fraktion «Keine Einwanderung in unser Sozialsystem»

Ziel:

Einwanderer aus Drittstaaten sollen nach der Einreise für eine Anfangszeit von drei bis fünf Jahren von der Sozialhilfe ausgeschlossen werden.

Anlass: Hohe Sozialhilfequote bei Drittstaatsangehörigen

- Annahme durch Nationalrat 2016
- Ablehnung durch Ständerat 2017 (dafür Postulat)

Motion 14.3691 du Groupe libéral-radical «Interdire le recours à l'aide sociale pour les étrangers qui arrivent en Suisse»

L'objectif :

Les immigrants de pays tiers doivent être exclus de l'aide sociale pendant une période initiale de trois à cinq ans après leur entrée.

Motif : Taux élevé d'assistance sociale pour les ressortissants de pays tiers

- Adoption par le Conseil national 2016
- Rejet par le Conseil des Etats en 2017 (mais postulat)

Postulat SPK-S 17.3260 «Kompetenzen des Bundes im Bereich der Sozialhilfe für Ausländerinnen und Ausländer aus Drittstaaten»

«Der Bundesrat wird beauftragt zu prüfen, welche rechtlichen Möglichkeiten bestehen, damit der Bund die Sozialhilfe für Ausländerinnen und Ausländer aus Drittstaaten einschränken oder ausschliessen kann. Zudem wird der Bundesrat beauftragt, die für die Beurteilung solcher Einschränkungen nötigen Daten zu erheben (Nationalitäten von ausländischen Sozialhilfebezügern, ihren Status zum Zeitpunkt der Zuwanderung, Transfer von Sozialhilfegeldern ins Ausland, Vorschläge zur Schaffung von Rechtsgrundlagen zur Datenbeschaffung bei den Kantonen usw.)».

Postulat CIP-S 17.32.60 «Prestations de l'aide sociale octroyées à des ressortissants de pays tiers. Compétences de la Confédération»

«Le Conseil fédéral est chargé d'examiner quelles sont les possibilités offertes par la législation pour restreindre – voire exclure – l'octroi de prestations de l'aide sociale aux ressortissants de pays tiers. Il est en outre chargé de collecter les données visant à procéder à des évaluations concernant ces restrictions (nationalité des étrangers bénéficiant de l'aide sociale, statut de ces personnes à leur arrivée en Suisse, montants que les bénéficiaires de l'aide sociale transfèrent à l'étranger, etc.) et de proposer des bases légales permettant à la Confédération de se procurer les informations nécessaires auprès des cantons. »

Beschluss Bundesrat vom 15. Januar 2020 (1)

Das EJPD wird für die folgenden drei Optionen bis Ende Februar 2021 eine Vernehmlassungsvorlage ausarbeiten (Änderung AIG):

- Präzisierung der Integrationsvoraussetzungen für die Erteilung von Aufenthaltsbewilligungen an vorläufig Aufgenommene in Härtefällen
- Erleichterter Widerruf der Niederlassungsbewilligung bei Sozialhilfebezug (nicht mehr «erheblich und dauerhaft»)
- Einschränkung der Sozialhilfe für Personen mit einer Aufenthaltsbewilligung in den ersten drei Jahren ihres Aufenthalts in der Schweiz

Décision du Conseil fédéral du 15 janvier 2020 (1)

Le DFJP préparera un projet de consultation pour les trois options suivantes d'ici la fin février 2021 (révision LEI) :

- préciser les conditions d'intégration requises pour l'octroi d'une autorisation de séjour aux personnes admises à titre provisoire dans des cas de rigueur ;
- simplifier la révocation de l'autorisation d'établissement en cas de dépendance à l'aide sociale ;
- restreindre l'aide sociale octroyée aux titulaires d'une autorisation de séjour au cours de leurs trois premières années de présence en Suisse.

Beschluss Bundesrat vom 15. Januar 2020 (2)

Das EJPD wird beauftragt, drei weitere Massnahmen direkt umzusetzen (keine Gesetzesänderungen):

- Regelmässige Auswertungen des Bundesamtes für Statistik zum Sozialhilfebezug von Drittstaatsangehörigen durch die Verknüpfung bestehender Daten
- Zustimmungsverfahren SEM für die Verlängerung von Aufenthaltsbewilligungen von Drittstaatsangehörigen, welche erhebliche Sozialhilfekosten verursachen
- Gemeinsame Empfehlungen mit den Kantonen für einen einheitlichen Begriff der Sozialhilfekosten bei der Anordnung ausländerrechtlicher Massnahmen

Décision du Conseil fédéral du 15 janvier 2020 (2)

Le DFJP est mandaté de mettre directement en œuvre (sans révision de la loi) :

- L'Office fédéral de la statistique analyse régulièrement la perception de l'aide sociale par les ressortissants d'États tiers sur la base de données appariées.
- La prolongation des autorisations de séjour de ressortissants d'États tiers qui occasionnent des coûts substantiels en matière d'aide sociale sera à l'avenir conditionnée à l'approbation du Secrétariat d'État aux migrations (SEM)
- Le DFJP élaborera des recommandations en vue d'une harmonisation entre tous les cantons de la notion des coûts d'aide sociale dans le cadre de la prescription de mesures relevant du droit des étrangers.

Beschluss Bundesrat vom 15. Januar 2020 (3)

Das EJPD wird beauftragt, bis anfangs 2022 zwei Optionen, die Verbesserungen beim Datenaustausch zwischen den Behörden verfolgen, vertieft zu prüfen:

- Technische Möglichkeiten für eine regelmässige Abgabe einer Liste mit Sozialhilfebeziehenden an die Migrationsbehörden
- Erfassung des Sozialhilfebezugs von Drittstaatsangehörigen im ZEMIS

Décision du Conseil fédéral du 15 janvier 2020 (2)

Le DFJP a également été chargé d'examiner de manière approfondie, d'ici au début de l'année 2022, deux options visant à

- *des possibilités techniques pour la soumission régulière d'une liste de bénéficiaires de l'aide sociale aux autorités de migration ;*
- *l'enregistrement dans SYMIC des prestations d'assistance sociale versées aux ressortissants de pays tiers*

Traktandum | point 4.2 + 4.3

Rückstufung des Aufenthaltsrechts wegen Sozialhilfe-Bezug

Wie gehen wir politisch am besten vor?

In Arbeitsgruppen Vorschläge erarbeiten bis 12:00 Uhr / dann Mittagspause / Bericht 13:00 Uhr

Rétrogradation du droit de séjour en raison de l'aide sociale

Quelle est la meilleure approche politique?

Élaborer des propositions dans des groupes de travail jusqu'à 12h00 / pause de déjeuner / rapport à 13h00



Lunchpause | pause à midi

Es geht weiter um 13:00 Uhr! | On continue à 13h00

Nutzt die Pause, um weiter zu diskutieren!

Profitez de la pause pour continuer à discuter!



Traktandum | point 4.4

**Rückstufung des Aufenthaltsrechts wegen Sozialhilfe-
Bezug**

**Rétrogradation du droit de séjour en raison de l'aide
sociale**

Präsentation der Resultate der
Arbeitsgruppen

Présentation des résultats des groupes de
travail



Traktandum | point 5

**Corona-Aktionsplan der SP
MigrantInnen Schweiz
Crise du Coronavirus – plans d'action
du PS Migrant-e-s suisse**

Siehe Tischvorlage Seiten 16-17
Voir livret de documents pages 16-17



Traktandum | point 5.1

**Vorstellung Entwurf Aktionsplans
Présentation du projet d'un plan d'action**

Belinda Nazan Walpoth

Co-Präsidentin SP MigrantInnen Kanton Bern, Grossrätin BE
Co-Présidente du PS Migrant-e-s canton Berne, conseillère cantonale BE

Mike Kabongi

Vize-Präsident SP MigrantInnen
Vice-Président du PS Migrant-e-s Suisse

Urim Deva

Co-Präsident SP MigrantInnen Basel-Stadt
Co-Président du PS Migrant-e-s Bâle-Ville






Was heisst Chancengleichheit?
 Welche Bevölkerungsgruppen sind in der Schweiz von gesundheitlicher Ungerechtigkeit besonders betroffen?
 Was wissen wir über die Ursachen?
 Welche Möglichkeiten gibt es, ihre Situation zu verbessern?
 Welche Erfahrungen wurden bis jetzt gemacht?
 Wie waren die Coronavirus Informationen für die Migrationsbevölkerung?

*Que signifie l'égalité des chances ?
 Quels sont les groupes de population en Suisse qui sont particulièrement touchés par l'injustice en matière de santé ?
 Que savons-nous des causes ?
 Quelles sont les possibilités d'améliorer leur situation ?
 Quelles expériences ont été faites jusqu'à présent ?
 Quelles étaient les informations sur le coronavirus pour la population migrante ?*




- Sozioökonomisch benachteiligte, bildungsferne oder fremdsprachige Migrantinnen und Migranten werden mit herkömmlichen Gesundheitsinformationen und -kampagnen oft ungenügend erreicht.
- Dies ist aus Public-Health-Sicht problematisch und **das BAG ist seit längerem bestrebt, dem entgegenzuwirken** und Gesundheitswissen auch schwer erreichbaren Zielgruppen zugänglich zu machen.
- Denn Gesundheitsinformationen und -kampagnen erreichen oft gerade diejenigen nicht, die besonders gefährdet oder verletzlich sind.

• Les migrants défavorisés sur le plan socio-économique ou éducatif ou ceux qui parlent une langue étrangère sont souvent insuffisamment touchés par les campagnes et les informations conventionnelles sur la santé.

• Cette situation est problématique du point de vue de la santé publique, et l'OFSP s'efforce depuis un certain temps de la contrer. L'OFSP prend des mesures pour rendre les connaissances en matière de santé accessibles à des groupes difficiles à atteindre.

• En effet, les informations et les campagnes de santé n'atteignent souvent pas les personnes particulièrement vulnérables ou à risque.




- Gut gebildete MigrantInnen erreicht man i.d.R. mit Deutsch, Französisch oder Englisch sowie mit üblichen Kommunikationsmassnahmen.
- Weniger gebildete MigrantInnen die weder Englisch noch eine der hier gesprochenen Sprachen beherrschen, sind wenig erreichbar mit schriftlichen Informationen manchmal auch nicht in ihrer Muttersprache (Analphabeten).
- Es braucht Schlüsselperson, welche ihnen Informationen mündlich in ihrer Muttersprache weitergeben. D.h. Mündliches sowie persönliche Kontakte haben einen sehr grossen Stellenwert.

- *Les migrants bien formés peuvent généralement être atteints en allemand, en français ou en anglais, ainsi que par les moyens de communication habituels.*
- *Les migrants moins instruits qui ne parlent ni l'anglais ni l'une des langues parlées ici sont moins accessibles avec des informations écrites, parfois même pas dans leur langue maternelle (analphabètes).*
- *Il nous faut des personnes clés qui leur transmettent les informations oralement dans leur langue maternelle. Cela signifie que les contacts oraux et personnels sont très importants.*




1. Welche Kooperationsformen mit Migrantennetzwerken lassen sich in der Gesundheits- und Integrationsförderung vorstellen?
2. Welche Informationskanäle sind für die Migrationsbevölkerung am wichtigsten? Welche Quellen werden für welche Informationen von welchen Bevölkerungsgruppen genutzt?
3. Wie sollten die Behörden die Zusammenarbeit mit Migrantennetzwerken und wichtigen Informationskanälen gestalten? Welche Spannungen und Herausforderungen könnten sich daraus ergeben?

- 1 *Quelles formes de coopération avec les réseaux des migrants peuvent être envisagées en matière de promotion de la santé et de l'intégration ?*
- 2 *Quels sont les canaux d'information les plus importants pour la population immigrée ? Quelles sources sont utilisées pour quelles informations par quels groupes de population ?*
- 3 *Comment les autorités devraient-elles organiser la coopération avec les réseaux de migrants et les principaux canaux d'information ? Quelles tensions et quels défis pourraient en découler ?*

Allgemeine Zugangswege	Voies d'accès générales
Medien der Migrationsbevölkerung	<i>Médias de la population immigrée</i>
Brief und E-Mail	<i>Lettre et courrier électronique</i>
Direkter Kontakt	<i>Contact direct</i>
Radio	<i>Radio</i>
Soziale Medien	<i>Les médias sociaux</i>
Zeitschriften	<i>Journaux</i>
Webportal	<i>Portail web</i>
Fernsehen	<i>Télévision</i>
Schlüsselpersonen	<i>Personnes clés</i>
Vereine	<i>Associations</i>
Glaubensgemeinschaften	<i>Communautés religieuses</i>
Geschäfte/Restaurants	<i>Magasins / restaurants</i>

Institutioneller Zugang	Voies d'accès générales
Gesundheitspersonal	<i>Personnel de santé</i>
Beratungstellen/Anlaufstellen	<i>Centres de conseil/points de contact</i>
Gemeindebehörden	<i>Les autorités locales</i>
Gemeinschaftszentren	<i>Centres communautaires</i>
Sozialämter	<i>Services sociaux</i>
Sozialarbeitende	<i>Travailleurs sociaux</i>
Zentren für Asylsuchende	<i>Centres pour demandeurs d'asile</i>
Anlaufstellen bei Sans Papiers	<i>Points de contact avec les Sans Papiers</i>



Medien der Migrationsbevölkerung *Médias de la population immigrée*

SP

In der CH gibt es rund 50 regelmässig erscheinende Medien in Sprachen der in der Schweiz lebenden Migrantinnen und Migranten. Diese Medien berichten regelmässig über Gesundheitsthemen.

Häufige Medientypen sind **Webseiten, Printmedien, Radio- und TV-Sendungen**, Smartphone-Apps, **Newsletter und soziale Medien wie Facebook oder Twitter**.

Sie können sich für eine Zusammenarbeit direkt an diese Medien wenden. Via Medien der Migrationsbevölkerung werden bis zu 140'000 - 250'000 Personen erreicht.

En Suisse, il existe environ 50 médias publiés régulièrement dans les langues des migrants vivant en Suisse. Ces médias rendent régulièrement compte des questions de santé.

Les médias les plus courants sont les sites web, la presse écrite, les émissions de radio et de télévision, les applications pour smartphones, les bulletins d'information et les médias sociaux tels que Facebook ou Twitter.

Vous pouvez contacter directement ces médias pour coopérer : via les médias des migrants, vous pouvez atteindre jusqu'à 140'000 -250000 personnes.



Zugangsweg via Brief und E-Mail

- Gesundheitsinformationen via E-Mail oder Brief verschicken.
- Eine persönliche Anrede erhöht die Chance, dass Briefe und E-Mails gelesen werden. Der Text von Briefen und E-Mails muss kurz sein.
- Inhalte in leicht verständlicher Sprache vermitteln und bei Bedarf übersetzen.

Accès par lettre et par courrier électronique

- *Envoyez des informations sur la santé par courrier électronique ou par lettre.*
- *Une salutation personnelle augmente les chances que les lettres et les courriels soient lus. Le texte des lettres et des courriers électroniques doit être court.*
- *Communiquer le contenu dans un langage facilement compréhensible et le traduire si nécessaire.*

SP




Zugangsweg Direkter Kontakt

Sie können Ihre Zielgruppe an Treffpunkten oder zu Hause aufsuchen (aufsuchende Arbeit). Vor Ort können Sie Informationen vermitteln, Beratungen anbieten und Angebote bekannt machen.

Informationen in leicht verständlicher Sprache vermitteln und bei Bedarf übersetzen

Accès par contact direct

Vous pouvez rendre visite à votre groupe cible dans des points de rencontre ou à domicile (travail de proximité). Sur place, vous pouvez fournir des informations, offrir des conseils et faire connaître les offres.

Transmettre les informations dans un langage facilement compréhensible et les traduire si nécessaire




Zugangsweg Radio

In der Schweiz ist Radiohören populär insbesondere unter MigrantInnen

Das Radio ermöglicht die Auswahl spezifischer Zielgruppen. Via Radio können Sie benachteiligte Zielgruppen erreichen.

Themen in Radiosendungen zum Thema Gesundheit einbringen
zb. Lokalradios oder Radios der Migrationsbevölkerung.
(Radio Rabe, Radio Lora).

La radio comme moyen d'accès

La radio en Suisse est populaire, surtout parmi les migrants.

Vous pouvez utiliser la radio pour atteindre des groupes défavorisés.

Vous y pouvez inclure des sujets sur des questions de santé, notamment dans les stations de radio locales ou des stations de radio de la population migrante (Radio Rabe, Radio Lora).




Zugangsweg Fernsehen
Via Fernsehen können Sie Gesundheitsinformationen vermitteln.

In der CH sind Fernseher in 93% der Haushalte vorhanden.
TV-Inhalte werden auch via Streaming abgerufen.

Medien an die Migrationsbevölkerung können evtl. auch die Ausstrahlung von Gesundheitsinformationen in ausländischen Medien ermöglichen, die von Zielgruppen in der Schweiz beachtet werden.

Voie d'accès Télévision
Vous pouvez fournir des informations sur la santé par le biais de la télévision.

En CH, les téléviseurs sont disponibles dans 93% des foyers. Le contenu télévisuel peut également être accessible par streaming.

Les médias destinés à la population migrante peuvent également permettre de diffuser dans les médias étrangers des informations sur la santé qui seront remarquées par les groupes cibles en Suisse.




Zugangsweg Schlüsselpersonen / MultiplikatorInnen
Schlüsselpersonen haben eine enge Verbindung zu einer „Community“. Sie werden von der Gemeinschaft akzeptiert und genießen ihr Vertrauen.
Sie können niederschwellige Informationen weitergeben, Fragen beantworten und Angebote bekannt machen.
Schlüsselpersonen und Multiplikatoren/innen können zwischen Zielgruppen und Fachpersonen vermitteln.

Accès à travers de personnes clés / multiplicateurs
Les personnes clés ont un lien étroit avec une "communauté". Elles sont acceptées par la communauté et bénéficient de sa confiance. Elles peuvent transmettre des informations à bas seuil, répondre à des questions et faire connaître des offres.
Les personnes clés et les multiplicateurs peuvent servir de médiateurs entre les groupes cibles et les experts.




Zugangsweg Vereine

Die Schweiz verfügt über rund 100'000 Vereine. Gesundheitsinformationen können im Rahmen des Vereinsangebots vermittelt werden.

Vereine der Migrationsgemeinschaften sind zentrale Akteure im Integrationsprozess. Dieses Potential kann genutzt werden.

Associations comme voies d'accès

La Suisse compte environ 100 000 associations. Des informations sur la santé peuvent être fournies dans le cadre des services de l'association.

Les associations de communautés de migrants sont des acteurs centraux du processus d'intégration. Ce potentiel peut être exploité.




Was habe ich in der Lock-Down Phase machen können?

Que puis-je faire pendant la phase de verrouillage ?

Medien der Migrationsbevölkerung	<i>Médias de la population immigrée</i>
Brief und E-Mail	<i>Lettre et courrier électronique</i>
Direkter Kontakt: Tel, WhatsApp	<i>Contact direct : Tel, Whatsup</i>
Nachrichten	<i>Actualités</i>
Radio	<i>Radio</i>
Soziale Medien	<i>Les médias sociaux</i>
Zeitschriften	<i>Journaux</i>
Webportal	<i>Portail web</i>
Fernsehen	<i>Télévision</i>
Schlüsselpersonen	<i>Personnes clés</i>
Vereine	<i>Associations</i>
Glaubensgemeinschaften	<i>Communautés religieuses</i>



solidarität
 solidarit e
 solidarit a
 solidarit ed



Erfolgreiche Kommunikation

- Entsprechen die Inhalte, die ich vermitteln möchte, den wahren Bedürfnissen der Zielgruppe?
- Bin ich bereit aus gewohnten Kontexten auszubrechen? Bin ich bereit, auch mal abends oder am Wochenende Zeit zu investieren, um Beziehungsarbeit zu pflegen, Kontakte zu knüpfen und Informationen mündlich weiterzugeben?
- Besteht die Möglichkeit, neue Wege in der Informationsarbeit zu beschreiten? (Social Media, Whatsapp, SMS)?
- Basis für eine erfolgreiche Information und Erreichbarkeit von MigrantInnen ist eine gute Beziehungsarbeit, das Suchen von Kooperationen und das Pflegen zwischenmenschlicher Kontakte

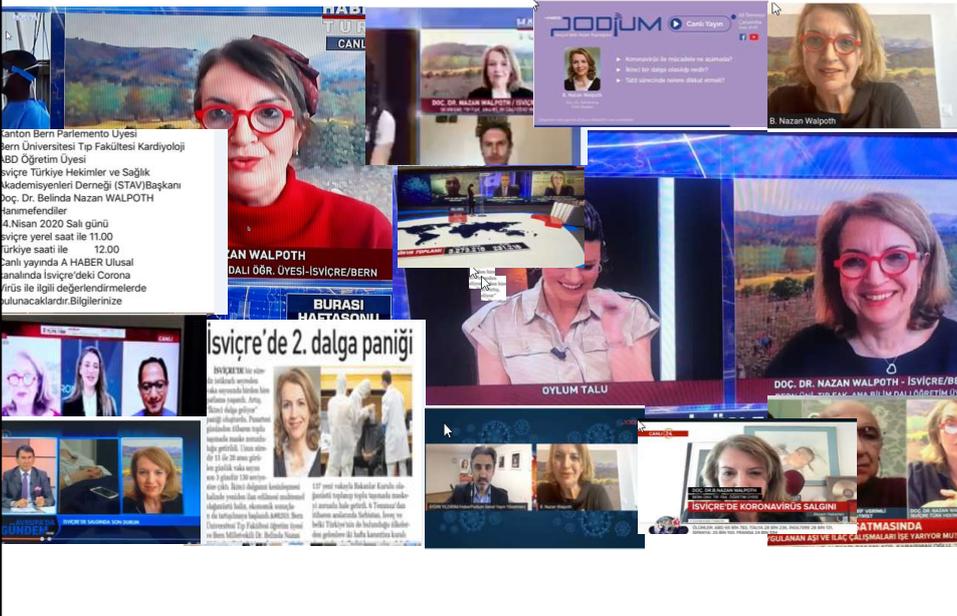
Une communication réussie

- *Le contenu que je veux transmettre correspond aux besoins réels du groupe cible?*
- *Suis-je prêt   sortir de contextes familiers ? Suis-je prêt   investir du temps le soir ou le week-end pour cultiver des relations, nouer des contacts et transmettre des informations oralement ?*
- *Est-il possible d'innover dans le domaine de l'information ? (médias sociaux, Whatsapp, SMS) ?*
- *La base d'une information réussie et de l'accessibilité des migrants est le travail relationnel, la recherche de la coopération et le maintien des contacts interpersonnels*



solidarit t
 solidarit e
 solidarit a
 solidarit ed

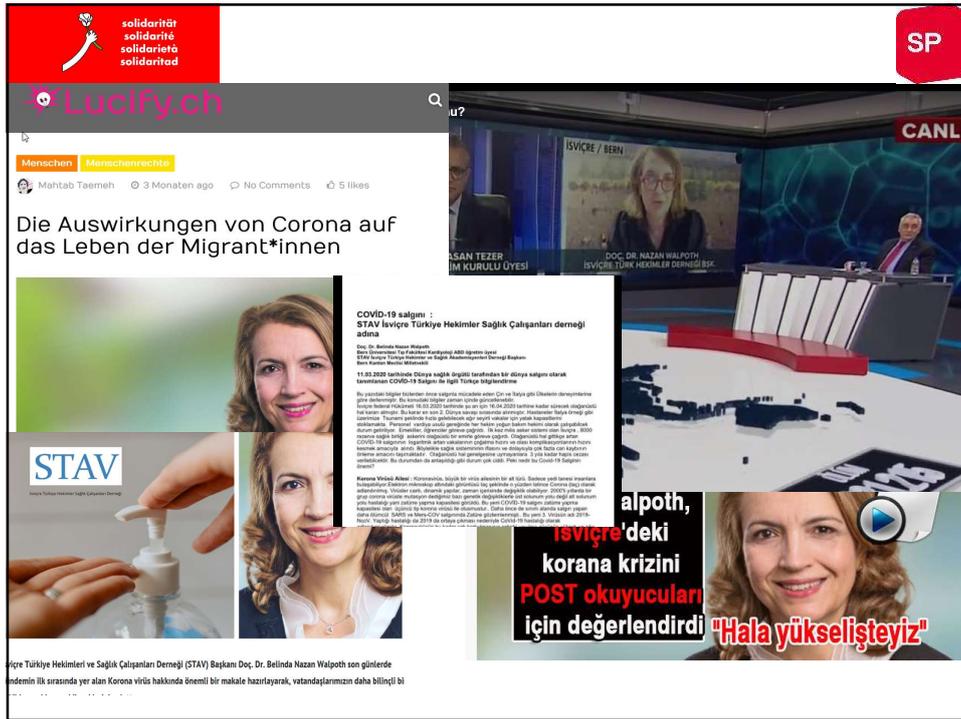




Kanton Bern Parlamento Uyesi
 Bern Universitesi Tıp Fakültesi Kardiyoloji
 ABD  retim Uyesi
 vsvi re Türkiye Hekimler ve Saėlık
 Akademisyenleri Derneėi (STAV)Baėkanı
 Doç. Dr. Belinda Nazan WALPOTH
 Katmerfendiler
 4.Nisan 2020 Salı gününü
 vsvi re yerele saat ile 11.00
 Türkiye saati ile 12.00
 Canlı yayında A HABER Ulusal
 kanalında İsviçre'deki Corona
 F rs   ilgili deėerlendirmelerde
 bulunacaklardır.Bilgilerinize

İsviçre'de 2. dalga paniėi

ATMASINDA
 KULLANAN AŐI VE BAŐ ÇALIŐMALARI  E YATIYOR MU?



Traktandum | point 5.1

Vorstellung Entwurf Aktionsplans
Présentation du projet d'un plan d'action

Belinda Nazan Walpoth

Co-Präsidentin SP MigrantInnen Kanton Bern, Grossrätin BE
Co-Présidente du PS Migrant-e-s canton Berne, conseillère cantonale BE

Mike Kabongi

Vize-Präsident SP MigrantInnen
Vice-Président du PS Migrant-e-s Suisse

Urim Deva

Co-Präsident SP MigrantInnen Basel-Stadt
Co-Président du PS Migrant-e-s Bâle-Ville



Bern, 19.09.2020

Urim Deva,

Co-Präsident SP Migrant*nnen, Basel-Stadt
Therapeut, Universitäre Psychiatrische Kliniken Basel

**Geringe Gesundheitskompetenzen:
Communities at Risk**

Was ist Gesundheitskompetenz?

"Gesundheitskompetenz ist die Fähigkeit des Einzelnen, im täglichen Leben Entscheidungen zu treffen, die sich positiv auf die Gesundheit auswirken."

(Bundesamt für Gesundheit BAG)

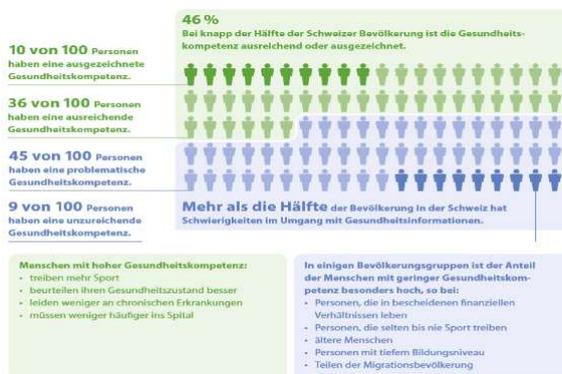


Warum ist Gesundheitskompetenz für uns wichtig?

- <https://www.youtube.com/watch?v=xlxGil-bnmg>
- Health Literacy Europe



Wie steht es um die Gesundheitskompetenz in der Schweiz?



■ Bundesamt für Gesundheit (2016), Datenquelle: Bundesamt für Gesundheit (2016) Bevölkerungsbefragung «Erhebung der Gesundheitskompetenz 2015»



Dimensionen von Gesundheitskompetenz

	Informationen finden	Informationen verstehen	Informationen beurteilen	Informationen anwenden
Krankheitsbewältigung	Informationen über Krankheitsbewältigung finden (4)	Informationen über Krankheitsbewältigung verstehen (4)	Informationen über Krankheitsbewältigung beurteilen (4)	Informationen über Krankheitsbewältigung anwenden (4)
Krankheitsprävention	Informationen über Krankheitsprävention finden (4)	Informationen über Krankheitsprävention verstehen (3)	Informationen über Krankheitsprävention beurteilen (5)	Informationen über Krankheitsprävention anwenden (3)
Gesundheitsförderung	Informationen über Gesundheitsförderung finden (5)	Informationen über Gesundheitsförderung verstehen (4)	Informationen über Gesundheitsförderung beurteilen (3)	Informationen über Gesundheitsförderung anwenden (4)

nach Sorensen et al. 2012
 in Klammern: Anzahl Items, welche pro Dimension erhoben wurden. Total 47 Items.



Generelle Gesundheitskompetenz (General-HL) nach Migrationshintergrund in der Schweiz

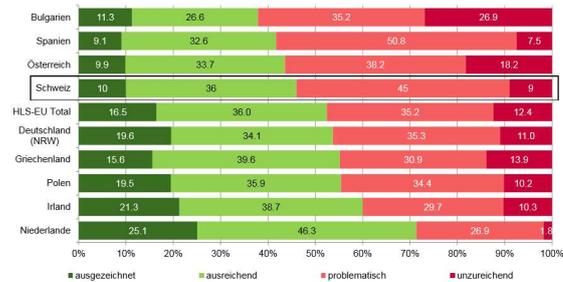


Gesundheitskompetenz Schweiz 2015, November 2015 (N = 1107); sig

Anders als in allen HLS-EU-Ländern ausser Deutschland (NRW) gibt es in der Schweiz einen leichten Zusammenhang mit dem Migrationshintergrund. Der Mittelwert der Personen mit Migrationshintergrund (32.2) ist leicht tiefer als derjenige der Personen ohne Migrationshintergrund (33.6). Jene mit Migrationshintergrund weisen vor allem auch einen erhöhten Anteil an Personen mit unzureichender Gesundheitskompetenz auf (13%).



Index generelle Gesundheitskompetenz (General-HL) im Ländervergleich



Gesundheitskompetenz Schweiz 2015, November 2015 (N = 1107)

Index gebildet aus 47 Einzelitems, vgl. Kap. 3.1.2. "HLS-EU Total" besteht aus Ergebnissen der acht EU-Länder zu gleichen Teilen; Ergebnisse Schweiz nicht Teil der HLS-EU-Studie



Dialog Gesundheit, Kanton Basel-Stadt

- Das Universitätsspital Basel wollte mit Vertreterinnen und Vertretern von Migrantenorganisationen des Kantons Basel-Stadt und des Gesundheitswesens im Rahmen eines Pilotprojektes eine Plattform Dialog Gesundheit schaffen.
- Diese Plattform soll dazu dienen, bestehende Fragen in der Gesundheitsversorgung zu besprechen und gemeinsam Lösungsansätze zu formulieren.
- Die Themen wurden von beiden Seiten eingebracht.
- Das Projekt wurde vom Präsidialamt des Kantons Basel-Stadt, Fachstelle Diversität und Integration, und dem Universitätsspital Basel unterstützt.



Dialog Gesundheit, Kanton Basel-Stadt

Die Teilnehmer*innen haben folgende Themen als prioritär eingesetzt:

- Kulturelle Aspekte in Kommunikation und Interaktion
- Informationen zum Schweizer Gesundheitswesen
- Identifizieren vulnerabler Personen
- Kommunikation: PatientInnen – medizinisches Personal
- Massnahmen zur Gesundheitsversorgung



Unsere Ziel war?

Eine Situationsanalyse für den Kanton Basel-Stadt mit dem Ziel zu erfassen:

- Welche Informationsmöglichkeiten bestehen auf kantonaler Ebene?
- Welchen Bedarf gibt es bei welchen Zielgruppen der Basler Wohnbevölkerung?
- Anhand der Resultate der Situationsanalyse wird definiert, bei welchen Gruppierungen und mit welchen Interventionen zu einer verbesserten «*Gesundheitskompetenz*» im Kanton Basel-Stadt beigetragen werden kann.



Ausgangslage

- Aus gesundheitspolitischer Sicht stellten wir fest, dass hier Handlungs- und Klärungsbedarf vorhanden ist.
- Krankenkassen sind ein zentrales Element, die den Zugang zum Gesundheitssystem massgeblich beeinflussen.
- Die Krankenkasse ist für die gesamte Bevölkerung eine zentrale Frage (Klärungsbedarf) und nicht nur für die Communities at risk.



Workshop

- **Einführung und Hintergrundinformationen (Dr. med. Sylvie Schuster M.A., Dialog Gesundheit Kanton Basel-Stadt)**
- **Input aus der Praxis:**
 1. Hausarztmedizin (PD Dr. med. Klaus Bally, Universitäres Zentrum für Hausarztmedizin beider Basel)
 2. Sozialdienst/-beratung (Ute Wetzel, Beratungszentrum Suchthilfe Region Basel, ehem. Leitung Sozialdienst Universitätsspital Basel)
 3. Beratungsstelle GGG (Aylin Okomus, GGG Migration)
- **Input aus gesundheitspolitischer Sicht:**
 4. Krankenversicherung (Pascal Bolliger, EGK-Gesundheitskasse)
 5. Amt für Sozialbeiträge (Konrad Rusterholz lic. iur., Amt für Sozialbeiträge)
 6. Kantonale Politik (Sarah Wyss M.A., Grosse Rat)
- **Input aus kantonaler Sicht:**
 7. Fachstelle Diversität und Integration, Präsidialdepartement des Kantons Basel-Stadt (Jutta Durst)
- **Diskussion im Plenum mit Referent*innen und Vertreter*innen kantonaler Einrichtungen und Organisationen**
- **Definieren nächste Schritte**



Ausblick Dialog Gesundheit

- Die Arbeitsgruppe «Dialog Gesundheit» wird den gemeinsamen Workshop auswerten und das weitere Vorgehen besprechen.
- Im ersten Quartal 2021 wird sie eine «Ergebniskonferenz» mit verschiedene Players durchführen, um zu sehen, wie sich die verschiedenen Themen und Ansätze weiterentwickelt haben und wie es weitergehen kann und soll.



Communities at Risk

Personen, insbesondere aus Gruppierungen beispielsweise mit einem tiefem Bildungsniveau, die in bescheidenen finanziellen Verhältnissen leben, bei denen eine Sprachbarriere besteht, psychisch kranke Menschen oder ältere Menschen, haben ein erhöhtes Risiko, die gestellten Anforderungen rund um die Krankenkasse kaum oder gar nicht bewältigen zu können.



Die Gesundheitskompetenz von Patientinnen und Patienten

- Seitens der Politik, Krankenversicherungen und Forschung wird die Relevanz zunehmend anerkannt, die Gesundheitskompetenz von Patientinnen und Patienten zu stärken.
- Hingegen ist die Seite der Versicherten, insbesondere sogenannter **Mitglieder von Communities at Risk**, bislang kaum beleuchtet und erkannt, welche konkreten Massnahmen in Bezug auf die Krankenversicherung für diese Zielgruppe benötigt werden.
- Das Thema Gesundheitskompetenz stellt eine Herausforderung für Politiker, Medizinische Fachkräfte und Bürgern in ganze Europa da, es müssen konkrete schritte unternommen werden

oder ?



Kurz: Ich beantrage Ihnen, eine
Arbeitsgruppe «Gesundheitskompetenz»
der SP MigrantInnen Schweiz einzusetzen

*En court: Je vous invite d'installer
un groupe de travail du PS Migrant-e-s Suisse
«compétence de sant»*

Vielen Dank für eure Aufmerksamkeit !



Traktandum | point 5.2

**Corona-Aktionsplan der SP MigrantInnen Schweiz
Crise du Coronavirus – plans d'action du PS
Migrant-e-s suisse**

Diskussion

Discussion



Traktandum | point 5.3

Corona-Aktionsplan der SP MigrantInnen Schweiz
Crise du Coronavirus – plans d'action du PS Migrant-e-s

**1) Verabschiedung des bereinigten Aktionsplans
Approbation du plan d'action consolidé**

**2) Einsetzen Arbeitsgruppe «Gesundheitskompetenz»
Créer un groupe de travail sur la compétence en
matière de santé**



Traktandum | point 6

**Tätigkeitsbericht 2019/20 der SP
MigrantInnen. Abnahme**

(S.18-19)

**Rapport d'activité 2019/20 du PS Migrant-e-
s suisse. Adoption**

(p.18-19)



Traktandum | point 7

**Jahresziele 2020/21 der SP MigrantInnen.
Abnahme**

(S. 20)

**Objectifs 2020/21 du PS Migrant-e-s suisse.
Adoption**

(p. 20)



Traktandum | point 8

Varia (1)

- **Abstimmungen am 27. September!**
- **Delegiertenkonferenz am 24. Oktober 2020 in Bern**
 - Wahlen unserer zwei Delegierten in die Geschäftsleitung der SP Schweiz: Françoise stellt sich zur Wiederwahl / Osman tritt zurück – Frist für Kandidaturen ist der 9. Oktober
 - SP MigrantInnen bei Wahlen stärken / Auswertung Abstimmungskampf 27. Sept. / Fortsetzung Themen von heute

Divers (1)

- **Votations du 27 septembre !**
- **Conférence des délégué-e-s du 24 octobre à Berne**
 - Election de nos deux délégué-e-s au comité directeur du PS suisse: Françoise se représente / Osman a démissionné: délai pour les candidatures : le 9 octobre
 - Renforcer le PS Migrant-e-s dans les élections / évaluation de la campagne de votation du 27 sept. / continu des sujets d'aujourd'hui

Traktandum | point 8

Varia (2)

- **Jahreskonferenz 2021: 27. Februar 2021, Bern, Johannes**
 - Gesamterneuerungswahlen für das Präsidium der SP MigrantInnen Schweiz / Frist für Kandidaturen zwei Wochen vorher
- **Andere Mitteilungen?**

Divers

- **Conférence annuelle 2021 : 27 février 2021, Berne**
 - Élections pour le renouvellement global de la présidence du PS Migrant-e-s suisse / délai pour les candidatures : deux semaines en avance
- **autres communications ?**



Bitte Kopfhörer zurückgeben!
Merci de rendre les écouteurs!

Auf Wiedersehen!
Au revoir !

